



Pressemitteilung



Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 02304/755-332, Fax: 02304/755-318
E-Mail: christa.martens@kircheundgesellschaft.de
Internet: www.kircheundgesellschaft.de

Schwerte, 28. September 2015

Fracking verbieten, Klima schützen, Energiewende voranbringen Breites Bündnis wendet sich an Bundestag

Die Verhandlungen über das Fracking-Regelungspaket im Bundestag, die vor der Sommerpause aufgrund von unüberbrückbaren Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD auf Eis gelegt worden sind, sollen voraussichtlich im Oktober wieder aufgenommen werden.

Mit einem Brief wenden sich Vertreter aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie Kirche, Gewerkschaft, Umweltschutz und Entwicklungspolitik an die Fraktionen im Bundestag und erinnern an die Gefahren des Fracking für die Natur, das Klima und die menschliche Gesundheit. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können zur Verunreinigung von Boden, Trink- und Grundwasser führen; Fracking verursacht zudem einen enormen Wasser- und Flächenverbrauch.

Die Unterzeichner des Briefes sehen in dem vorgeschlagenen Rechtsänderungspaket keinen ausreichenden Schutz vor diesen und anderen Gefahren des Fracking und des Umgangs mit Lagerstättenwasser. „Wir fordern die politischen Vertreter auf, nicht auf die Verlängerung des fossilen Zeitalters zu setzen, sondern sich für ein Fracking-Verbot einzusetzen und im klimapolitisch wichtigen Jahr 2015 Deutschlands Ruf als Energiewendeland gerecht zu werden“, erklärt Dr. Gudrun Kordecki, Leiterin des Fachbereichs Nachhaltige Entwicklung des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Mit ihren Bedenken sind die Unterzeichner nicht allein. Rund 2.500 Städte und Gemeinden in Deutschland haben bereits Resolutionen gegen Fracking verabschiedet und bezeichnen sich als „frackingfrei“. Kirche, Wasserversorger, Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften sowie VertreterInnen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie haben sich in den vergangenen Monaten kritisch zu dem vorliegenden Gesetespaket geäußert. Auch auf Landesebene gibt es Gegenwind. So will die rot-grüne Koalition in Düsseldorf die Gewinnung von Erdgas durch die umstrittene Fracking-Methode landesweit ausschließen.